

# AMTSBLATT

## der Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld

mit den öffentlichen Bekanntmachungen der Mitgliedsgemeinden  
Berlingerode, Brehme, Ecklingerode, Ferna, Tastungen, Wehnde,  
Teistungen mit den Ortsteilen Böseckendorf, Neuendorf, Teistungen



Jahrgang 30

Freitag, den 9. September 2022

Nr. 9

### Amtliche Bekanntmachungen der Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld

#### Geschäftsordnung

##### für die Gemeinschaftsversammlung der Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld

Aufgrund der §§ 46 ff. der Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung - ThürKO) vom 16. August 1993 (GVBl. S. 501) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87) hat die Gemeinschaftsversammlung der Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld in der Sitzung am 14.06.2022 folgende Geschäftsordnung beschlossen:

#### § 1

##### Einberufung der Gemeinschaftsversammlung

- (1) Die Sitzungen der Gemeinschaftsversammlung finden mindestens einmal jährlich statt; im Übrigen so oft es die Geschäftslage erfordert.
- (2) Die Einberufung erfolgt schriftlich durch den Gemeinschaftsvorsitzenden. Zwischen dem Tag des Zugangs der Einladung und dem Tag der Sitzung muss mindestens 1 Woche liegen. Mit der Einberufung sind den Mitgliedern der Gemeinschaftsversammlung die Beratungsgegenstände sowie Zeit und Ort der Sitzung mitzuteilen. Die für die Beratung erforderlichen Unterlagen sollen beigelegt werden, soweit nicht das öffentliche Wohl oder berechtigte Interessen Einzelner entgegenstehen.
- (3) Die Gemeinschaftsversammlung ist unverzüglich einzuberufen, wenn dies mindestens ein Drittel ihrer Mitglieder schriftlich unter Angabe des Beratungsgegenstandes verlangt. Dies gilt nicht, wenn die Gemeinschaftsversammlung den gleichen Beratungsgegenstand innerhalb der letzten drei Monate bereits beraten hat, es sei denn, dass sich die Sach- oder Rechtslage wesentlich geändert hat.
- (4) Die in Absatz 2 Satz 1, Absatz 3 Satz 1 vorgesehene Schriftform kann durch die elektronische Form nach Maßgabe des § 35 Absatz 7 ThürKO ersetzt werden.
- (5) Sofern eine Entscheidung nicht ohne Nachteil für die Verwaltungsgemeinschaft oder eine Mitgliedsgemeinde aufgeschoben werden kann (Dringlichkeit), kann die Einladungsfrist abgekürzt werden; jedoch muss die Einladung spätestens 24 Stunden vor der Sitzung zugehen und einen Hinweis auf die Verkürzung der Frist enthalten. Die Dringlichkeit ist von der Gemeinschaftsversammlung vor Eintritt in die Tagesordnung festzustellen.
- (6) Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen sind spätestens 1 Woche vorher, bei Dringlichkeit 24 Stunden vor der Sitzung, örtlich öffentlich bekannt zu machen. Für die Tagesordnung nichtöffentlicher Sitzungen gilt dies nur insoweit, als dadurch der Zweck der Nichtöffentlichkeit nicht gefährdet wird.
- (7) Eine Verletzung von Form und Frist der Einladung eines Mitglieds der Gemeinschaftsversammlung gilt als geheilt, wenn das Mitglied zu der Sitzung erscheint und den Mangel nicht geltend macht.
- (8) Wird eine Sitzung der Gemeinschaftsversammlung ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum in entsprechender Anwendung von § 36a Absatz 1 ThürKO (§ 52 Absatz 2 ThürKO und § 23 Absatz 1 Satz 1 ThürKGG) durchgeführt, ist in der ortsüblichen öffentlichen Bekanntmachung der Sitzung der öffentlich zugängliche Raum, in den Bild und Ton der Sitzung unverzüglich zur Beratung und Beschlussfassung übertragen werden, zu benennen. Den Mitgliedern der Gemeinschaftsversammlung und den sonstigen an der Sitzung teilnehmenden Personen sind die für eine Sitzung nach § 36a Absatz 1 Satz 1 ThürKO erforderlichen Zugangsdaten rechtzeitig mitzuteilen.

#### § 2

##### Sitzungen und Entscheidungen in Notlagen

- (1) Die Sitzungen der Gemeinschaftsversammlung können in Notlagen ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum durch

eine zeitgleiche Übertragung von Bild und Ton, insbesondere in Form von Videokonferenzen durchgeführt werden. Eine Notlage besteht, wenn es den Mitgliedern der Gemeinschaftsversammlung aufgrund einer außergewöhnlichen Situation nicht möglich ist, persönlich an den Sitzungen der Gemeinschaftsversammlung teilzunehmen. Außergewöhnliche Situationen sind insbesondere Katastrophenfälle nach § 34 des Thüringer Brand- und Katastrophenschutzgesetzes, Pandemien oder Epidemien. Der Gemeinschaftsvorsitzende stellt eine Notlage nach Satz 2 fest und lädt die Mitglieder zu Sitzungen nach Satz 1 ein. Die Gemeinschaftsversammlung beschließt in ihrer nächsten Sitzung über den Fortbestand der vom Gemeinschaftsvorsitzenden nach Satz 4 festgestellten Notlage. Im Übrigen bleiben die für den Geschäftsgang von Sitzungen der Gemeinschaftsversammlung geltenden Regelungen unberührt.

(2) Ist es der Gemeinschaftsversammlung während der vom Gemeinschaftsvorsitzenden nach Absatz 1 Satz 4 festgestellten Notlage nicht möglich, eine Sitzung nach Absatz 1 Satz 1 durchzuführen, kann sie die Beschlüsse über Angelegenheiten, die nicht bis zur nächsten Sitzung der Gemeinschaftsversammlung aufgeschoben werden können, auf Antrag des Vorsitzenden oder eines Viertels der Mitglieder der Gemeinschaftsversammlung im Umlaufverfahren fassen. Für den Antrag auf Durchführung des Umlaufverfahrens, die Stimmabgabe zur Anwendbarkeit des Umlaufverfahrens nach Satz 3 und über die Beschlussvorlagen ist die Textform (§ 126b BGB) ausreichend. Der Beschlussfassung im Umlaufverfahren müssen drei Viertel der Mitglieder der Gemeinschaftsversammlung zustimmen. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Bestimmungen über die erforderlichen Mehrheiten in Sitzungen. Ist die Beschlussfassung im Umlaufverfahren abgeschlossen, hat der Gemeinschaftsvorsitzende die Mitglieder der Gemeinschaftsversammlung unverzüglich über die in diesem Verfahren gefassten Beschlüsse zu unterrichten.

(3) Wahlen und sonstige geheime Abstimmungen im Sinne des § 39 ThürKO dürfen nicht in Sitzungen nach Absatz 1 Satz 1 oder im Umlaufverfahren nach Absatz 2 durchgeführt werden.

(4) Die Verwaltungsgemeinschaft hat die technischen Voraussetzungen für Sitzungen nach Absatz 1 Satz 1 und das Umlaufverfahren nach Absatz 2 zu schaffen und die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen sicherzustellen. Dazu gehört insbesondere, dass die Verwaltungsgemeinschaft ein geeignetes Videokonferenzsystem für die Durchführung von Sitzungen nach Absatz 1 Satz 1 bereitstellt. Die Funktionsfähigkeit der Internetzugänge ist bei den Mitgliedern der Gemeinschaftsversammlung von der jeweiligen Mitgliedsgemeinde und bei den sonstigen an den Sitzungen der Gemeinschaftsversammlung teilnehmenden Personen von diesen zu gewährleisten.

Das/die für die Teilnahme an einer Sitzung nach Absatz 1 Satz 1 bzw. einem Umlaufverfahren nach Absatz 2 erforderliche/n Endgerät/e (z.B. Tablet, Laptop, Kamera, Mikrofon, ...) hat jede Mitgliedsgemeinde selbst zu beschaffen und die Funktionsfähigkeit (unter anderem durch Wartung, Updates aufspielen etc.) zu gewährleisten.

(5) Diese Regelungen gelten für andere Gremien der Verwaltungsgemeinschaft entsprechend.

#### § 3

##### Teilnahme an Sitzungen

(1) Die Mitglieder der Gemeinschaftsversammlung sind zur Teilnahme an den Sitzungen sowie an Umlaufverfahren gem. § 36a Absatz 2 ThürKO entsprechend der Gemeinschaftsversammlung verpflichtet. Ein Mitglied der Gemeinschaftsversammlung, das an einer Sitzung sowie an Umlaufverfahren gem. § 36a Absatz 2 ThürKO entsprechend nicht oder nicht rechtzeitig teilnehmen kann oder die Sitzung vorzeitig verlassen will, muss dies dem Vorsitzenden unter Angabe des Entschuldigungsgrundes möglichst frühzeitig mitteilen. Die Mitteilung gilt in der Regel als Entschuldigung und kann ausnahmsweise auch nachgereicht werden.

(2) Für jede Sitzung wird eine Anwesenheitsliste ausgelegt, in die sich jedes anwesende Mitglied eigenhändig eintragen muss. Hiervon ausgenommen sind die Sitzungen nach § 36a Absatz 1 Satz 1 ThürKO.

**§ 4  
Öffentlichkeit der Sitzungen**

(1) Die Sitzungen der Gemeinschaftsversammlung sind öffentlich, soweit nicht Rücksichten auf das Wohl der Allgemeinheit oder das berechnete Interesse Einzelner entgegenstehen.

(2) In nichtöffentlicher Sitzung werden in der Regel behandelt:

- Personalangelegenheiten mit Ausnahme von Wahlen;
- Grundstücksgeschäfte, die der Vertraulichkeit bedürfen, z. B. wegen der Erörterung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse oder von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen eines Beteiligten;
- Auftragsvergaben, sofern schutzwürdige Belange der Bieter oder sonstiger Privatpersonen berührt werden, z. B. wenn die Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit eines Anbieters erörtert werden;
- Verträge sowie Verhandlungen mit Dritten und sonstige Angelegenheiten, wenn jeweils eine vertrauliche Behandlung geboten erscheint;
- vertrauliche Abgabenangelegenheiten, die dem Steuergeheimnis (§ 30 AO) unterliegen oder
- vertrauliche Sozialangelegenheiten, die dem Sozialgeheimnis (§ 35 SGB I) unterliegen.

(3) Über den Ausschluss der Öffentlichkeit wird in nichtöffentlicher Sitzung beraten und entschieden.

(4) Bei öffentlichen Sitzungen gem. § 36a Absatz 1 Satz 1 ThürKO entsprechend ist die Öffentlichkeit zu gewährleisten, indem Bild und Ton der Sitzung ohne zeitliche Verzögerung in einen für die Öffentlichkeit zugänglichen Raum übertragen werden.

**§ 5  
Tagesordnung**

(1) Der Gemeinschaftsvorsitzende setzt im Benehmen mit den dem/den Stellvertreter/n die Tagesordnung fest und bereitet die Beratungsgegenstände vor.

(2) In die Tagesordnung sind Anträge und Anfragen aufzunehmen, die dem Gemeinschaftsvorsitzenden schriftlich bis spätestens 14 Tage vor der Sitzung von mindestens einem Viertel der Mitglieder der Gemeinschaftsversammlung vorgelegt werden. In die Tagesordnung aufzunehmende Anträge sollen schriftlich begründet werden und einen konkreten Beschlussvorschlag enthalten. Das Recht von mindestens einem Viertel der Mitglieder der Gemeinschaftsversammlung zur Aufnahme einer Angelegenheit in die Tagesordnung besteht nicht, wenn die Gemeinschaftsversammlung den gleichen Gegenstand innerhalb der letzten drei Monate bereits beraten hat, es sei denn, dass sich die Sach- und Rechtslage wesentlich geändert hat.

(3) Die in Absatz 2 Satz 1, 2 vorgesehene Schriftform kann durch die elektronische Form nach Maßgabe des § 35 Absatz 7 ThürKO ersetzt werden.

(4) Die vom Gemeinschaftsvorsitzenden festgesetzte Tagesordnung kann durch Beschluss der Gemeinschaftsversammlung um weitere Gegenstände erweitert werden, wenn

1. die Angelegenheit in einer nichtöffentlichen Sitzung zu behandeln ist, alle Mitglieder anwesend und mit der Behandlung einverstanden sind oder
2. bei Dringlichkeit der Angelegenheit die Gemeinschaftsversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder die Behandlung eines Gegenstandes beschließt. Dringlich ist eine Angelegenheit, wenn sie nicht ohne Nachteil für die Verwaltungsgemeinschaft oder eine Mitgliedsgemeinde aufgeschoben werden kann.

(5) Die einzelnen Punkte der Tagesordnung werden der Reihe nach aufgerufen und behandelt.

(6) Die Gemeinschaftsversammlung kann durch Beschluss die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte ändern, verwandte Punkte verbinden und Beratungspunkte von der Tagesordnung absetzen. Für die Behandlung dieser Anträge zur Geschäftsordnung gilt § 12 dieser Geschäftsordnung.

**§ 6  
Beschlussfähigkeit**

(1) Beschlüsse der Gemeinschaftsversammlung werden in Sitzungen gefasst. Zu Beginn der Sitzung stellt der Vorsitzende die Beschlussfähigkeit fest, indem er prüft, ob sämtliche Mitglieder der Gemeinschaftsversammlung ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Wenn die Gemeinschaftsversammlung nicht ordnungsgemäß einberufen wurde, darf die Sitzung nicht stattfinden.

(2) Wird die Beschlussfähigkeit während der Sitzung angezweifelt, so hat der Vorsitzende diese zu überprüfen. Stellt er die Beschlussunfähigkeit fest, kann er die Sitzung unterbrechen oder schließen. Besteht die Beschlussunfähigkeit nur für einen Tagesordnungspunkt, geht er zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

(3) Wird die Gemeinschaftsversammlung wegen Beschlussunfähigkeit, die nicht auf der persönlichen Beteiligung der Mehrheit der Mitglieder beruht, innerhalb von vier Wochen zum zweiten Mal zur Verhandlung über denselben Gegenstand einberufen, so ist die Gemeinschaftsversammlung ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig. In der zweiten Einladung ist ausdrücklich auf diese Folge hinzuweisen.

(4) Jeder Vertreter einer Mitgliedsgemeinde hat eine Stimme. Die Vertreter sind - außer bei Wahlen - an Weisungen der Mitgliedsgemeinden

gebunden. Allerdings berührt eine Abstimmung entgegen der Weisung die Gültigkeit des Beschlusses nicht.

**§ 7  
Persönliche Beteiligung**

(1) Kann ein Beschluss einem Mitglied der Gemeinschaftsversammlung selbst oder seinem Ehegatten oder einem Verwandten oder Verschwägerten bis zum dritten Grad (§§ 1589, 1590 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) oder einer von ihm kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen natürlichen oder juristischen Person unmittelbar einen Vorteil oder Nachteil bringen, so darf es an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen. Dies gilt nicht, wenn das Mitglied an der Entscheidung der Angelegenheit lediglich als Angehöriger einer Berufs- oder Bevölkerungsgruppe beteiligt ist, deren gemeinsame Interessen durch die Angelegenheit berührt werden. Als unmittelbar gilt nur derjenige Vorteil oder Nachteil, der sich direkt aus der Entscheidung ergibt, ohne dass weitere Ereignisse eintreten oder Maßnahmen getroffen werden müssen, die über die Ausführung von Beschlüssen hinausgehen. Bei nichtöffentlicher Sitzung hat das persönlich beteiligte Mitglied den Sitzungsraum zu verlassen, bei öffentlichen Sitzungen darf es sich in dem für die Zuhörer bestimmten Teil des Sitzungsraumes aufhalten. Gleiches gilt, wenn ein Mitglied in anderer als öffentlicher Eigenschaft ein Gutachten abgeben hat. Die Nichtmitwirkung ist in der Niederschrift zu vermerken. Der Betroffene kann verlangen, dass die Gründe für die Nichtmitwirkung in die Niederschrift aufgenommen werden.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 gelten nicht für Wahlen und nicht für Beschlüsse, die einer Mitgliedsgemeinde der Verwaltungsgemeinschaft einen unmittelbaren Vor- oder Nachteil bringen können.

(3) Muss ein Mitglied der Gemeinschaftsversammlung annehmen, wegen persönlicher Beteiligung an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilnehmen zu dürfen, so hat es die Tatsachen, die seine persönliche Beteiligung begründen können, vor Eintritt in die Beratung des betreffenden Tagesordnungspunktes unaufgefordert der Gemeinschaftsversammlung mitzuteilen. Die Entscheidung über den Ausschluss von der Beratung und Abstimmung trifft die Gemeinschaftsversammlung in nichtöffentlicher Sitzung in Abwesenheit des Betroffenen.

(4) Ist die Hälfte oder mehr als die Hälfte der Mitglieder der Gemeinschaftsversammlung von der Beratung und Beschlussfassung wegen persönlicher Beteiligung ausgeschlossen, so ist die Gemeinschaftsversammlung beschlussfähig, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Andernfalls entscheidet der Gemeinschaftsvorsitzende nach Anhörung der nicht ausgeschlossenen anwesenden Mitglieder der Gemeinschaftsversammlung anstelle der Gemeinschaftsversammlung.

(5) Ein Beschluss ist nur dann unwirksam, wenn ein Mitglied der Gemeinschaftsversammlung zu Unrecht von der Beratung oder Abstimmung ausgeschlossen worden ist oder ein persönlich beteiligter an der Abstimmung teilgenommen hat und nicht auszuschließen ist, dass seine Teilnahme an der Abstimmung für das Abstimmungsergebnis entscheidend war. Der Beschluss gilt jedoch als von Anfang an wirksam, wenn die Verletzung der Bestimmungen über die persönliche Beteiligung nicht innerhalb von drei Monaten nach der Beschlussfassung unter Bezeichnung der Tatsachen, die eine solche Verletzung begründen können, gegenüber der Verwaltungsgemeinschaft geltend gemacht worden ist. Bei Satzungsbeschlüssen und Beschlüssen über Flächennutzungspläne gilt § 21 Absatz 4 bis 6 ThürKO entsprechend.

**§ 8  
Vorlagen**

(1) Beschlussvorlagen sind schriftliche Sachverhaltsdarstellungen (Erläuterungen) mit einem Beschlussvorschlag, die vom Vorsitzenden zur Beratung und Beschlussfassung an die Gemeinschaftsversammlung gerichtet werden sollen. Berichtsvorlagen sind dagegen reine Informationsmitteilungen.

(2) Der Vorsitzende kann bestimmen, dass für ihn ein Stellvertreter oder ein Mitarbeiter der Verwaltung Vorlagen in der Sitzung der Gemeinschaftsversammlung erläutert.

**§ 9  
Anträge**

(1) Anträge sind nur zulässig, wenn die Gemeinschaftsversammlung für den Gegenstand der Beschlussfassung zuständig ist. Antragsberechtigt sind der Vorsitzende und jedes Mitglied der Gemeinschaftsversammlung. Von mehreren Mitgliedern können gemeinsame Anträge gestellt werden. Jeder Antrag soll von dem Antragsteller vorgetragen und begründet werden.

(2) Anträge, die von der Gemeinschaftsversammlung abgelehnt worden sind, können von demselben Antragsteller frühestens drei Monate nach der Ablehnung wieder eingebracht werden. Sie sind allerdings zulässig, wenn begründet dargelegt wird, dass die entscheidungserheblichen Tatsachen sich verändert haben.

(3) Betrifft ein Antrag eine Angelegenheit, die nicht in den Aufgabenbereich der Gemeinschaftsversammlung fällt, ist dieser Antrag ohne Sachdebatte von der Gemeinschaftsversammlung als unzulässig zurückzuweisen.

(4) Änderungsanträge zu Tagesordnungspunkten können bis zur Eröffnung der Aussprache über den Beratungsgegenstand gestellt werden. Der Antrag muss begründet sein und einen konkreten Beschlussvorschlag enthalten. Während eines Umlaufverfahrens gem. § 36a Absatz 2 ThürKO entsprechend sind Änderungsanträge unzulässig.

**§ 10  
Anfragen**

(1) Anfragen über Angelegenheiten der Verwaltungsgemeinschaft können von einzelnen Mitgliedern an den Gemeinschaftsvorsitzenden gerichtet werden und sollen mindestens eine Woche vor der Sitzung dem Gemeinschaftsvorsitzenden schriftlich vorliegen; der Sitzungstag wird bei der Berechnung der Frist nicht mitgerechnet.

(2) Das anfragende Mitglied der Gemeinschaftsversammlung kann die Anfrage in der Sitzung vorlesen und begründen.

(3) Anfragen werden vom Gemeinschaftsvorsitzenden, einem von ihm beauftragten Vertreter oder einem Mitarbeiter der Verwaltungsgemeinschaft beantwortet. Der Anfragende hat nach der Beantwortung das Recht, zusätzlich maximal zwei Zusatzfragen zur Sache zu stellen, die nach Möglichkeit in der Sitzung zu beantworten sind. Ist dies nicht möglich, so hat der Vorsitzende dem Fragesteller innerhalb eines Monats eine schriftliche Antwort zu erteilen. Eine Aussprache über die Anfrage findet nicht statt.

(4) Erst in der Sitzung gestellte Anfragen können nur dann zugelassen werden, wenn die Gemeinschaftsversammlung die Dringlichkeit mit zwei Dritteln seiner anwesenden Mitglieder beschließt. Sie sollen in der Sitzung beantwortet werden, wenn der Gemeinschaftsvorsitzende sich hierzu in der Lage sieht. Andernfalls werden sie in der nächsten Sitzung der Gemeinschaftsversammlung beantwortet, sofern der Anfragende nicht mit einer früheren schriftlichen Antwort einverstanden ist.

**§ 11  
Sitzungsverlauf, Hausrecht, Redeordnung**

(1) Der Gemeinschaftsvorsitzende leitet die Sitzungen der Gemeinschaftsversammlung, übt das Hausrecht aus und sorgt für die Aufrechterhaltung der Ordnung. Ist der Vorsitzende verhindert, führt den Vorsitz sein Stellvertreter.

(2) Jedes Mitglied der Gemeinschaftsversammlung darf zur Sache erst sprechen, wenn es sich zuvor zu Wort gemeldet und der Vorsitzende ihm dieses erteilt hat. Der Redner darf nur zu den zur Beratung anstehenden Angelegenheiten Stellung nehmen. Das Wort wird in der Reihenfolge der Wortmeldungen erteilt. Melden sich mehrere Mitglieder der Gemeinschaftsversammlung gleichzeitig, so entscheidet der Vorsitzende über die Reihenfolge. Dem Antragsteller ist auf Wunsch zum Schluss der Beratung nochmals das Wort zu erteilen.

(3) Zu einem Punkt der Tagesordnung soll der erste Redner einer Mitgliedsgemeinde insgesamt nicht länger als 10 Minuten, jeder weitere Redner aus der gleichen Mitgliedsgemeinde insgesamt nicht länger als 5 Minuten sprechen. Überschreitet ein Redner die ihm zustehende Redezeit, so kann ihm der Vorsitzende nach zweimaliger Ermahnung das Wort entziehen. Die Rededauer für Etatreden ist für den ersten Redner jeder Mitgliedsgemeinde nicht beschränkt.

(4) Jedes Mitglied der Gemeinschaftsversammlung ist berechtigt, nach Eröffnung der Aussprache Zwischenfragen an den Redner zu stellen. Die Fragen sind möglichst kurz zu formulieren. Mit Zustimmung des Redners kann der Vorsitzende Zwischenfragen zulassen oder ablehnen. Dabei sollen im gleichen Zusammenhang nicht mehr als zwei Zwischenfragen zugelassen werden.

**§ 12  
Anträge zur Geschäftsordnung**

(1) Zur Geschäftsordnung können insbesondere folgende Anträge gestellt werden, über die in der nachstehenden Reihenfolge abzustimmen ist:

1. Änderung der Tagesordnung,
2. Übergang zum nächsten Punkt der Tagesordnung,
3. Schließung der Sitzung,
4. Unterbrechung der Sitzung,
5. Vertagung,
6. Verweis an einen Ausschuss,
7. Schluss der Aussprache,
8. Schluss der Rednerliste,
9. Begrenzung der Zahl der Redner,
10. Begrenzung der Dauer der Redezeit,
11. Begrenzung der Aussprache,
12. zur Sache.

Über Anträge zur Geschäftsordnung beschließt die Gemeinschaftsversammlung sofort mit der Mehrheit der auf Ja oder Nein lautenden Stimmen (einfache Mehrheit). Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt.

(2) Anträge zur Geschäftsordnung können außer der Reihe gestellt werden und gehen allen Anträgen vor. Sie bedürfen keiner Begründung. Bei ausdrücklichem Widerspruch ist vor der Abstimmung je ein Redner für und gegen den Antrag zu hören.

(3) Auf Anträge zur Geschäftsordnung muss der Vorsitzende das Wort unverzüglich außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen erteilen, höchstens jedoch zweimal einem Redner zum selben Gegenstand. Die Ausführungen dürfen sich nur auf die geschäftsordnungsmäßige Behandlung des zur Verhandlung stehenden Gegenstandes beziehen. Bei Verstößen soll dem Redner sofort das Wort entzogen werden. Die Redezeit beträgt höchstens drei Minuten. Wird ein Geschäftsordnungsantrag abgelehnt, so darf er zum gleichen Beratungspunkt nicht wiederholt werden.

(4) Ein Antrag auf Schluss der Rednerliste bzw. Schluss der Aussprache kann nur von einem Mitglied der Gemeinschaftsversammlung gestellt werden, das noch nicht zur Sache gesprochen hat. Der Vorsitzende hat vor der Abstimmung die Namen der Redner aus der Rednerliste zu verlesen, die noch nicht zu Wort gekommen sind, und sich davon zu überzeugen, dass jeder Gelegenheit hatte, seine Argumente zum Beratungsgegenstand vorzutragen; andernfalls ist hierzu die Möglichkeit einzuräumen.

(5) Bei der Durchführung eines Umlaufverfahrens gem. § 36a Absatz 2 ThürKO entsprechend sind Geschäftsordnungsanträge unzulässig.

**§ 13  
Abstimmungen (Beschlüsse und Wahlen)**

(1) Über jeden Beratungsgegenstand ist gesondert abzustimmen.

(2) Bei mehreren Anträgen zu dem gleichen Gegenstand wird über den weitergehenden Antrag zuerst, über einen Gegenantrag oder einen Antrag auf Abänderung vor dem ursprünglichen Antrag abgestimmt. Bestehen Zweifel darüber, welcher Antrag der weitergehende ist, so entscheidet darüber der Vorsitzende.

(3) Vor der Abstimmung ist die endgültige Formulierung des zu fassenden Beschlusses zu verlesen, soweit sie sich nicht aus der Vorlage ergibt; das gilt nicht für Geschäftsordnungsanträge. Der Vorsitzende stellt die Frage, über die abgestimmt werden soll, so, dass sie mit Ja oder Nein beantwortet werden kann.

(4) Beschlüsse der Gemeinschaftsversammlung werden mit der Mehrheit der auf Ja oder Nein lautenden Stimmen gefasst, soweit nicht durch Gesetz eine andere Mehrheit vorgesehen ist; die zulässigen Stimmhaltungen werden dabei nicht berücksichtigt. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt. Bei Beschlüssen, die mit qualifizierter Mehrheit zu fassen sind, hat der Vorsitzende durch ausdrückliche Erklärung festzustellen, dass diese qualifizierte Mehrheit dem Antrag oder der Vorlage zugestimmt hat.

(5) Die Beschlussfassung erfolgt grundsätzlich offen durch Handheben, erkennbare Zustimmung oder durch Erheben von den Sitzen. Für- und Gegenstimmen sowie Stimmhaltungen sind zu zählen und die jeweiligen Zahlen in der Niederschrift festzuhalten.

(6) Geheim wird in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen abgestimmt oder wenn dies die Gemeinschaftsversammlung beschließt.

(7) Die Gemeinschaftsversammlung kann beschließen, namentlich abzustimmen. Bei namentlicher Abstimmung werden die stimmberechtigten Mitglieder der Gemeinschaftsversammlung vom Vorsitzenden einzeln aufgerufen.

(8) Bei geheimen Abstimmungen und Wahlen durch Stimmzettel gilt folgendes:

- a) Stimmzettel sind ungültig, wenn sie
  - leer sind,
  - unleserlich sind,
  - mehrdeutig sind,
  - Zusätze enthalten,
  - durchgestrichen sind,
  - bei Wahlen unzweifelhaft Stimmhaltung zum Ausdruck bringen durch Gebrauch des Wortes „Stimmhaltung“.
- b) Die Stimmzettel werden von insgesamt mindestens drei Mitgliedern, die von der Gemeinschaftsversammlung zu bestimmen sind, ausgezählt. Diese teilen das Ergebnis dem Vorsitzenden mit.

(9) Wahlen werden in geheimer Abstimmung durchgeführt. Es können nur solche Personen gewählt werden, die der Gemeinschaftsversammlung vor der Wahl vorgeschlagen worden sind. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat. Wird eine solche Mehrheit bei der Wahl nicht erreicht, findet zwischen den beiden Bewerbern mit den höchsten Stimmenzahlen eine Stichwahl statt, bei der gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Ungültig sind leere Stimmzettel, Stimmzettel mit Zusätzen und Stimmzettel, die den Willen des Stimmberechtigten nicht zweifelsfrei erkennen lassen. Ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmzettel ungültig, ist die Stichwahl zu wiederholen. Die Gemeinschaftsversammlung kann nach jedem erfolglosen Wahlgang beschließen, die Wahl abzubrechen und in derselben oder einer weiteren Sitzung eine erneute Wahl durchzuführen; neue Bewerber können nur zu einer Wahl in einer weiteren Sitzung vorgeschlagen werden. Steht nur ein Bewerber zur Wahl, findet bei Nichterreichen der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten im ersten Wahlgang ein zweiter Wahlgang statt, in dem der Bewerber gewählt ist, wenn er mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat; die Sätze 6 bis 8 gelten entsprechend. Die vorstehenden Bestimmungen gelten für alle Entscheidungen der Gemeinschaftsversammlung, die in der Thüringer Kommunalordnung oder in anderen Rechtsvorschriften als Wahlen bezeichnet werden, soweit diese Regelungen keine abweichenden Anforderungen enthalten.

(10) Der Vorsitzende stellt das Ergebnis der Abstimmung fest und gibt es anschließend bekannt. Die Richtigkeit des Abstimmungsergebnisses kann nur sofort nach der Verkündung beanstandet werden. Bei rechtzeitiger Beanstandung muss die Abstimmung unverzüglich wiederholt werden, wenn dies die Gemeinschaftsversammlung beschließt.

(11) In Sitzungen nach § 36a Absatz 1 Satz 1 ThürKO entsprechend und Umlaufverfahren nach § 36a Absatz 2 ThürKO entsprechend dürfen Wahlen und andere geheime Abstimmungen im Sinne von § 39 ThürKO nicht durchgeführt werden.

**§ 14**

**Verletzung der Ordnung**

- (1) Wer in der Aussprache von der Sache abschweift, kann vom Vorsitzenden ermahnt und im Wiederholungsfalle zur Ordnung gerufen werden.
- (2) Wer sich ungebührlicher oder beleidigender Äußerungen bedient, ist vom Vorsitzenden zur Ordnung zu rufen. Eine Aussprache über die Berechtigung, „zur Ordnung“ zu rufen, ist unzulässig. Auf Antrag ist in der nächsten Sitzung ohne Aussprache darüber abzustimmen, ob die Gemeinschaftsversammlung den Ordnungsruf für gerechtfertigt hält.
- (3) Beim dritten Ordnungsruf in einer Sitzung kann der Vorsitzende dem Redner das Wort entziehen. Einem Redner, dem das Wort entzogen wurde, darf es zu diesem Beratungsgegenstand nicht wieder erteilt werden.
- (4) Bei fortgesetzter erheblicher Störung der Ordnung kann der Vorsitzende ein Mitglied der Gemeinschaftsversammlung mit Zustimmung der Gemeinschaftsversammlung von der laufenden Sitzung ausschließen. Dem Ausschluss soll ein dreimaliger Ordnungsruf vorausgehen. Das Mitglied soll beim dritten Ordnungsruf auf die Möglichkeit des Ausschlusses hingewiesen werden. Wird durch ein bereits von einer früheren Sitzung ausgeschlossenes Mitglied die Ordnung innerhalb von zwei Monaten neuerlich erheblich gestört, so kann ihm die Gemeinschaftsversammlung für zwei weitere Sitzungen die Teilnahme untersagen. Die entsprechenden Beschlüsse sind dem Mitglied der Gemeinschaftsversammlung schriftlich mitzuteilen.
- (5) Werden die Sitzungen durch Zuhörer gestört, kann der Vorsitzende diese ausschließen, die Sitzung unterbrechen oder den Zuhörerraum räumen lassen.
- (6) Entsteht in der Gemeinschaftsversammlung störende Unruhe, so kann der Vorsitzende die Sitzung unterbrechen oder schließen.

**§ 15**

**Niederschrift**

- (1) Über die Sitzungen der Gemeinschaftsversammlung fertigt der vom Vorsitzenden bestimmte Schriftführer eine Niederschrift an. Die Niederschriften über öffentliche und nichtöffentliche Sitzungen sind getrennt zu führen. Die Niederschrift muss Tag und Ort der Sitzung, die Namen der anwesenden und die der abwesenden Mitglieder der Gemeinschaftsversammlung unter Angabe ihres Abwesenheitsgrundes sowie die behandelten Gegenstände, die Abstimmungen (Beschlüsse und Wahlen) und das Abstimmungsergebnis erkennen lassen. Jedes Mitglied kann verlangen, dass in der Niederschrift festgehalten wird, wie es abgestimmt hat; das gilt nicht bei geheimer Abstimmung.
- (2) Werden vom Redner Schriftsätze verlesen, so sollen sie dem Schriftführer im Original oder in Abschrift für die Niederschrift zur Verfügung gestellt werden.
- (3) Als Hilfsmittel zum Anfertigen der Niederschrift können Tonaufzeichnungen gefertigt werden. Die Tonträger sind bis zur Genehmigung der Niederschrift aufzubewahren, dürfen Außenstehenden nicht zugänglich gemacht werden und sind nach Genehmigung der Niederschrift durch die Gemeinschaftsversammlung alsbald zu löschen. Für archivarische Zwecke dürfen Tonaufzeichnungen nur mit ausdrücklicher Billigung der Gemeinschaftsversammlung aufbewahrt werden.
- (4) Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterschreiben und in der nächsten Sitzung durch Beschluss der Gemeinschaftsversammlung zu genehmigen.
- (5) Die Mitglieder der Gemeinschaftsversammlung können jederzeit die Niederschriften einsehen und sich Abschriften der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse erteilen lassen. Die Einsicht in die Niederschriften über öffentliche Sitzungen bei der Verwaltung der Verwaltungsgemeinschaft steht allen Bürgern der Mitgliedsgemeinden zu.
- (6) Bei der Durchführung eines Umlaufverfahrens gem. § 36a Absatz 2 ThürKO entsprechend ist die Erstellung einer Niederschrift nicht erforderlich.

**§ 16**

**Behandlung der Beschlüsse**

- (1) Der Wortlaut der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der Gemeinschaftsversammlung wird unverzüglich in ortsüblicher Weise öffentlich bekannt gemacht. Das gleiche gilt für die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind. Die Entscheidung hierüber trifft die Gemeinschaftsversammlung.  
Beim Umlaufverfahren in Notlagen gem. § 36a Absatz 2 ThürKO entsprechend sind die Angelegenheiten vor der Beschlussfassung im Umlaufverfahren in geeigneter Weise öffentlich bekannt zu machen. Beschlüsse im Umlaufverfahren nach § 36a Absatz 2 ThürKO entsprechend sind unverzüglich in ortsüblicher Weise öffentlich bekannt zu machen. Soweit die öffentliche Bekanntmachung in ortsüblicher Weise nicht möglich ist, sind die Beschlüsse in anderer geeigneter Weise öffentlich bekannt zu machen. Die öffentliche Bekanntmachung der Beschlüsse ist nach Wegfall des Hinderungsgrundes jedenfalls unverzüglich nachzuholen.
- (2) Hält der Gemeinschaftsvorsitzende eine Entscheidung der Gemeinschaftsversammlung für rechtswidrig, so hat er ihren Vollzug auszusetzen und sie in der nächsten Sitzung, die innerhalb eines Monats nach der Entscheidung stattfinden muss, gegenüber der Gemeinschaftsversammlung zu beanstanden. Verbleibt die Gemeinschaftsversammlung bei ihrer Entscheidung, so hat der Gemeinschaftsvorsitzende unverzüglich die Rechtsaufsichtsbehörde zu unterrichten.

**§ 17**

**Zuständigkeit der Gemeinschaftsversammlung**

- (1) Die Gemeinschaftsversammlung wählt einen hauptamtlich tätigen Gemeinschaftsvorsitzenden auf die Dauer von sechs Jahren und aus ihrer Mitte einen oder zwei ehrenamtlich tätige Stellvertreter auf die Dauer ihres gemeindlichen Amtes.
- (2) Die Gemeinschaftsversammlung beschließt über die Haushaltssatzung der Verwaltungsgemeinschaft sowie über Nachtragshaushaltssatzungen und legt die Höhe der Umlage für jedes Rechnungsjahr in der Haushaltssatzung fest. Die Gemeinschaftsversammlung stellt die Jahresrechnung der Verwaltungsgemeinschaft fest und beschließt über die Entlastung.
- (3) Die Mitgliedsgemeinden sind verpflichtet, die Verwaltungsgemeinschaft bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu unterstützen.

**§ 18**

**Zuständigkeit des Gemeinschaftsvorsitzenden**

- (1) Der Gemeinschaftsvorsitzende vertritt die Verwaltungsgemeinschaft nach außen, leitet die Gemeinschaftsversammlung, bereitet die Beratungsgegenstände der Gemeinschaftsversammlung vor, führt in ihr den Vorsitz und vollzieht deren Beschlüsse.
- (2) Der Gemeinschaftsvorsitzende erledigt in eigener Zuständigkeit die Aufgaben der Verwaltungsgemeinschaft nach § 47 Absatz 1 ThürKO, die laufenden Angelegenheiten nach § 47 Absatz 2 und 3 ThürKO und die Aufgaben, die der Verwaltungsgemeinschaft durch Vorschriften außerhalb der Thüringer Kommunalordnung übertragen werden.
- (3) Laufende Angelegenheiten der Verwaltungsgemeinschaft sind alltägliche Geschäfte, die keine grundsätzliche Bedeutung haben und für den Vollzug des Haushaltes der Verwaltungsgemeinschaft keine erhebliche Rolle spielen. Hierzu gehören insbesondere:

1. der Vollzug der Haushaltssatzung und ggfs. Nachtragshaushaltssatzung;
2. die Vergabe von Aufträgen für ständig wiederkehrende Lieferungen und Leistungen für den laufenden Betrieb (z. B. Ausgaben für die Bewirtschaftung der Grundstücke und für den Unterhalt von Fahrzeugen, Geschäftsausgaben für die Verwaltung, Verbrauchsmaterial für Anstalten und Einrichtungen, Geräte und Ausstattungsgegenstände) im Verwaltungshaushalt bis zur Höhe der haushaltsmäßigen Ermächtigung;
3. der Abschluss von bürgerlich-rechtlichen und öffentlich-rechtlichen Verträgen (z. B. Kauf-, Miet-, Pacht-, Werklieferungs- und Dienstleistungsverträge; Straßenbaukosten-, Anschlussbeitrags- und Benutzungsverträge) und die Vornahme sonstiger bürgerlich-rechtlicher und öffentlich-rechtlicher Rechtshandlungen (grundbuchrechtliche Erklärungen, Kündigungen, Rücktritte) bis zu einer Wertgrenze des Rechtsverhältnisses von 10.000,00 Euro einmaliger oder jährlicher laufender Belastungen und einer Vertragslaufzeit von maximal 7 Jahren;
4. der Abschluss von Vergleichen, die Einlegung von Rechtsbehelfen oder Rechtsmitteln, die Einleitung von Aktivprozessen, wenn der Streitwert 15.000,00 Euro oder bei Vergleichen das Zugeständnis der Verwaltungsgemeinschaft 7.500,00 Euro nicht übersteigt, sowie die Führung aller gegen die Verwaltungsgemeinschaft gerichteten Passivprozesse;
5. die Genehmigung überplanmäßiger Ausgaben bis zu einer Höhe von 2.500,00 Euro und außerplanmäßiger Ausgaben in Höhe von 1.500,00 Euro jeweils im Einzelfall. Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben sind nur zulässig, wenn sie unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet ist. Der Gemeinschaftsvorsitzende ist berechtigt, bis zu vorstehenden Grenzen Mittel, die durch anderweitige Einsparungen zur Verfügung stehen, Mehreinnahmen und Mittel der Deckungsreserve in Anspruch zu nehmen.

- (4) Dem Gemeinschaftsvorsitzenden obliegt grundsätzlich die Zuständigkeit in den Personalangelegenheiten der Verwaltungsgemeinschaft. Für die Ernennung, Abordnung, Versetzung, Versetzung in den Ruhestand und Entlassung von Beamten des gehobenen und höheren Dienstes sowie für die Einstellung, Höhergruppierung und Entlassung von Angestellten, deren Vergütungsgruppe mit der Besoldungsgruppe der genannten Beamten vergleichbar ist, bedarf er der Zustimmung der Gemeinschaftsversammlung.

**§ 19**

**Sprachform, Änderungen, Inkrafttreten und Außerkrafttreten**

- (1) Die in dieser Geschäftsordnung benutzten personenbezogenen Bezeichnungen gelten für Frauen, Männer und alle weiteren Geschlechtsformen.
- (2) Regelungen der Geschäftsordnung können im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben durch Beschluss der Gemeinschaftsversammlung jederzeit geändert, aufgehoben oder ergänzt werden.
- (3) Diese Geschäftsordnung tritt mit der Beschlussfassung durch die Gemeinschaftsversammlung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung vom 29.06.2006 außer Kraft.

Teistungen, den 14.06.2022  
gez.  
Raabe  
Gemeinschaftsvorsitzender

**Bekanntmachungsvermerk:**

1. Die Entschädigungssatzung der Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld wurde im Amtsblatt der Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld Nr. 9/2022 vom 09.09.2022 öffentlich bekannt gegeben.
2. Die o. g. Geschäftsordnung tritt gemäß § 20 Abs. 3 mit der Beschlussfassung durch die Gemeinschaftsversammlung am 14.06.2022 in Kraft.

bei der Durchführung der Wahlen am Wahltag sowie erforderlichenfalls für den folgenden Tag eine pauschale Entschädigung.

Die pauschale Entschädigung beträgt:

- für Wahlvorsteher 25,00 €
- für stellv. Wahlvorsteher, Schriftführer und Beisitzer 20,00 €

**§ 4**

**Sprachform, In-Kraft-Treten**

(1) Die in dieser Entschädigungssatzung benutzten personenbezogenen Bezeichnungen gelten für Frauen, Männer und alle weiteren Geschlechtsformen.

(2) Die Entschädigungssatzung tritt mit Wirkung vom 01.01.2021 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Entschädigungssatzung vom 24.01.2005 außer Kraft.

Teistungen, den 30. August 2022

gez.

Raabe

Gemeinschaftsvorsitzender

(Siegel)

**Bekanntmachungsvermerk:**

1. Die Entschädigungssatzung der Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld wurde im Amtsblatt der Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld Nr. 9/2022 vom 09.09.2022 öffentlich bekannt gegeben.
2. Die Entschädigungssatzung der Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld tritt am 1. Januar 2021 in Kraft.

**Bekanntmachung der in der Sitzung der Gemeinschaftsversammlung der Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld am 26.10.2021 gefassten Beschlüsse**

**Beschluss-Nr.: 21/2021 vom 02.09.2021**

Beschluss - Beschluss - Anweisung der Kostenrechnung Notar Obermann Nr.: 0 1513/01 - 2021 vom 30.06.2021

**Abstimmung über den Beschluss:**

Die Kostenrechnung des Notars Obermann, Nr.: O 1513/01 - 2021 vom 30.06.2021, Rechnungsdatum: 25.08.2021, eingegangen am 30.08.2021, Zahlung innerhalb von 14 Tagen, ist innerhalb der Zahlungsfrist anzuweisen.

Die Gemeinschaftsversammlung wird gemäß § 30 ThürKO über die Gründe dieser Eilentscheidung des Gemeinschaftsvorsitzenden informiert.

**TOP 2:**

**Beschluss-Nr.: 22/2021**

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift der Sitzung vom 24.06.2021

**Abstimmung über den Beschluss:**

Die Gemeinschaftsversammlung der Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld genehmigt die Niederschrift des öffentlichen Teils der Gemeinschaftsversammlung vom 24.06.2021.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: ..... 12  
 Nein-Stimmen: ..... 0  
 Enthaltungen: ..... 5  
 TOP 4.1:

**Beschluss-Nr.: 23/2021**

Jahreshaushaltsrechnung 2020 - über- und außerplanmäßige Ausgaben

**Abstimmung über den Beschluss:**

Soweit noch keine Einzelgenehmigung vorliegt, werden die über- und außerplanmäßigen Ausgaben entsprechend der Anlage von der Gemeinschaftsversammlung zur Kenntnis genommen. Mit der Abdeckung der Mehrausgaben durch Mehreinnahmen bzw. Einsparungen beteht Einverständnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: ..... 11  
 Nein-Stimmen: ..... 5  
 Enthaltungen: ..... 1

**TOP 4.2:**

**Beschluss-Nr.: 24/2021**

Jahreshaushaltsrechnung 2020 - Bildung Haushaltsreste

**Abstimmung über den Beschluss:**

Im Rahmen der Jahresrechnung 2020 wurden die in der Anlage aufgeführten Haushaltsreste gebildet.

Die Gemeinschaftsversammlung nimmt die Bildung der Haushaltsreste, in dem in der Jahresrechnung 2020 enthaltenen Umfang zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: ..... 15  
 Nein-Stimmen: ..... 0  
 Enthaltungen: ..... 2

**Entschädigungssatzung**

**der Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld**

Aufgrund der §§ 13, 19 Abs. 1 und 52 Abs. 2 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 90), sowie den §§ 23 Abs. 1 und 27 Abs. 2 des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Oktober 2001 (GVBl. S. 290), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (GVBl. S. 194, 201) i.V.m. §§ 1 und 2 Abs. 2 der Thüringer Entschädigungsverordnung (ThürEntschVO) vom 6. November 2018 (GVBl. S. 703) i.V.m §§ 1 und 2 der Thüringer Verordnung über die Dienstaufwandsentschädigung der hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamten auf Zeit (ThürDaufwEV) vom 4. September 1992 (GVBl. S. 490), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 24. Juni 2008 (GVBl. S. 134) und der Bekanntmachung über die Höhe der Dienstaufwandsentschädigung für hauptamtliche kommunale Wahlbeamte in der jeweils gültigen Fassung, hat die Gemeinschaftsversammlung der Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld in ihrer Sitzung am 14.06.2022 folgende Entschädigungssatzung beschlossen:

**§ 1**

**Dienstaufwandsentschädigung des Gemeinschaftsvorsitzenden**

(1) Der hauptamtliche Gemeinschaftsvorsitzende erhält nach Maßgabe des § 2 Abs. 2 Thüringer Dienstaufwandsentschädigungsverordnung eine monatliche Dienstaufwandsentschädigung in Höhe von 110,00 Euro.

(2) Die Zahlung der Entschädigung beginnt mit dem Ersten des Monats, in welchem dem hauptamtlichen Gemeinschaftsvorsitzenden sein Amt übertragen wird. Die Zahlung der Entschädigung entfällt mit Ablauf des Monats, in dem der hauptamtliche Gemeinschaftsvorsitzende aus seinem Amt ausscheidet.

**§ 2**

**Aufwandsentschädigung für den ehrenamtlich stellvertretenden Gemeinschaftsvorsitzenden**

(1) Der ehrenamtlich stellvertretende Gemeinschaftsvorsitzende erhält keine monatliche Aufwandsentschädigung, sondern gemäß § 3 der Satzung ein Sitzungsgeld.

(2) Im Falle einer mehr als dreimonatigen ununterbrochenen Vertretung des Gemeinschaftsvorsitzenden erhält der ehrenamtlich stellvertretende Gemeinschaftsvorsitzende für die über drei Monate hinausgehende Zeit monatlich die Dienstaufwandsentschädigung des Gemeinschaftsvorsitzenden. Für jeden angefangenen Tag der Vertretung wird ein Dreißigstel der Dienstaufwandsentschädigung festgesetzt.

**§ 3**

**Ehrenamtliche Tätigkeit, Entschädigungen**

(1) Die Mitglieder der Gemeinschaftsversammlung sowie die Mitglieder der Ausschüsse der Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld erhalten für ihre ehrenamtliche Mitwirkung bei den Beratungen und Entscheidungen der Gemeinschaftsversammlung sowie der Ausschüsse als Entschädigung ein Sitzungsgeld in Höhe von 25,00 Euro für die notwendige nachgewiesene Teilnahme. Dabei dürfen nicht mehr als zwei Sitzungsgelder pro Tag gezahlt werden.

Für die Teilnahme an einer Sitzung nach § 36a Absatz 1 Satz 1 ThürKO entspr. sowie die Beschlussfassung im Umlaufverfahren nach § 36a Absatz 2 ThürKO entspr. wird gleichermaßen die Entschädigung gewährt.

(2) Mitglieder der Gemeinschaftsversammlung, die Arbeiter oder Angestellte sind, haben außerdem Anspruch auf Ersatz des nachgewiesenen Verdienstausfalls und der notwendigen Auslagen. Selbstständig Tätige erhalten eine Pauschalentschädigung in Höhe von 20,00 Euro je volle Stunde für den Verdienstausfall, der durch Zeitversäumnis in ihrer beruflichen Tätigkeit entstanden ist. Sonstige Mitglieder, die nicht erwerbstätig sind, jedoch einen Mehrpersonenhaushalt von mindestens drei Personen führen, erhalten eine Pauschalentschädigung von 10,00 Euro je volle Stunde. Die Ersatzleistungen nach diesem Absatz werden nur auf Antrag sowie für höchstens 8 Stunden pro Tag und auch nur bis 19:00 Uhr gewährt.

(3) Für eine notwendige auswärtige Tätigkeit werden Reisekosten nach dem Thüringer Reisekostengesetz gezahlt.

(4) Für ehrenamtlich Tätige, die nicht Mitglied der Gemeinschaftsversammlung sind, gelten die Regelungen hinsichtlich des Sitzungsgeldes, des Verdienstausfalls bzw. der Pauschalentschädigung und der Reisekosten (Absätze 1 bis 3) entsprechend.

(5) Die Mitglieder des Briefwahlvorstand der Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld erhalten für die Teilnahme an den Sitzungen und

**TOP 4.3:**

**Beschluss-Nr.: 25/2021**

Jahreshaushaltsrechnung 2020 - Feststellung des Jahresrechnungsergebnisses und Rechenschaftsbericht

Abstimmung über den Beschluss:

Die Gemeinschaftsversammlung der VG Lindenberg/Eichsfeld nimmt die Jahreshaushaltsrechnung 2020 und den dazugehörigen Rechenschaftsbericht nach § 81 Abs. 4 Thüringer Gesetz über das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinden (ThürGemHV) in der Fassung vom 23. Mai 2019 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277, 279) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: ..... 15  
 Nein-Stimmen: ..... 0  
 Enthaltungen: ..... 2

**TOP 5:**

**Beschluss-Nr.: 26/2021**

2. Nachtragshaushaltssatzung der VG Lindenberg/Eichsfeld und 2. Nachtragshaushaltsplan für die Lindenerger Wirtschaftsbetriebe für das Haushaltsjahr 2021

Abstimmung über den Beschluss:

Die Gemeinschaftsversammlung beschließt aufgrund des § 52 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) i. V. m. § 36 Abs. 1 Thüringer Gesetz über die Kommunale Doppik (ThürKDG) i. V. m. § 60 ThürKO, in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 23.03.2021 (GVBl. S. 115), die 2. Nachtragshaushaltssatzung der VG Lindenberg/Eichsfeld und den 2. Nachtragshaushaltsplan für die Lindenerger Wirtschaftsbetriebe für das Haushaltsjahr 2021.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: ..... 12  
 Nein-Stimmen: ..... 4  
 Enthaltungen: ..... 1

Teistungen, den 08.08.2022  
 gez. Raabe  
 Gemeinschaftsvorsitzender

**Bekanntmachung der in der 11. Sitzung der Gemeinschaftsversammlung der Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld am 22.03.2022 gefassten Beschlüsse:**

**TOP 3.:**

Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.10.2021

**Beschluss Nr. GV/2022/003**

Abstimmung über den Beschlussvorschlag

Die Gemeinschaftsversammlung der Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld genehmigt die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.10.2021 gemäß § 42 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) mit den eingebrachten Abänderungswünschen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: ..... 12  
 Nein-Stimmen: ..... 0  
 Enthaltungen: ..... 5

**TOP 5.:**

Diskussion und Beschluss zur Haushaltssatzung und Haushaltsplan der VG Lindenberg/Eichsfeld für das Haushaltsjahr 2022

**Beschluss Nr. GV/2022/004**

Abstimmung über den Beschlussvorschlag

Die Gemeinschaftsversammlung der Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld beschließt aufgrund des § 55 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28.01.2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. März 2021 (GVBl. S. 115), i.V.m. § 23 Abs. 1 und § 36 Abs. 1 des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.10.2001 (GVBl. S. 290), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23.07.2013 (GVBl. S. 194, 201) i.V.m. § 60 Abs. 1 i.V.m. § 57 Abs. 1 ThürKO die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: ..... 14  
 Nein-Stimmen: ..... 3  
 Enthaltungen: ..... 0

**TOP 6.:**

Beschluss zur Abrechnung der Zweckvereinbarung Kindergarten für das Jahr 2019

**Beschluss Nr. GV/2022/005**

Abstimmung über den Beschlussvorschlag

Die Mitglieder der Gemeinschaftsversammlung der Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld stimmen der Abrechnung der Zweckvereinbarung über die Aufnahme von Kindern in Kindergärten der Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld für das Jahr 2019 zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: ..... 10  
 Nein-Stimmen: ..... 0  
 Enthaltungen: ..... 1  
 6 Mitglieder der Gemeinschaftsversammlung aus den Mitglieds Gemeinden Brehme und Berlingerode waren von der Abstimmung ausgeschlossen, da diese Gemeinden nicht Mitglied der Zweckvereinbarung sind.

**TOP 7.:**

Beschluss - Feststellung der Jahresrechnung 2020 für die „Lindenerger Wirtschaftsbetriebe“ sowie Entlastung (Bereich Trinkwasser)

**Beschluss Nr. GV/2022/006**

Abstimmung über den Beschlussvorschlag

Die Gemeinschaftsversammlung der Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld stimmt dem Jahresabschluss zum 31.12.2020 und dem Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2020 des Trinkwasserzweckverbandes „Obere Hahle“, jetzt Lindenerger Wirtschaftsbetriebe, in der vorliegenden Form der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EURATIO Prof. Dr. Ludwig & Quattek GmbH Göttingen vom 06.08.2021 zu. Der Jahresabschluss zum 31.12.2020 wird festgestellt. Dem Vorstandsvorsitzenden und dem Werkleiter werden für das Jahr 2020 Entlastung erteilt.

Aufgrund § 38 Abs. 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) war 1 Gremiumsmitglied von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die ordnungsgemäße Behandlung und Beschlussfassung wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: ..... 16  
 Nein-Stimmen: ..... 0  
 Enthaltungen: ..... 0

**TOP 8.:**

Beschluss - Feststellung Jahresüberschuss 2020 der „Lindenerger Wirtschaftsbetriebe“ (Bereich Trinkwasser)

**Beschluss Nr. GV/2022/007**

Abstimmung über den Beschlussvorschlag

Die Gemeinschaftsversammlung der Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld beschließt, dass der festgestellte Jahresüberschuss des Trinkwasserzweckverbandes „Obere Hahle“, jetzt Lindenerger Wirtschaftsbetriebe, in Höhe von 66.934,77 € gemäß Jahresabschluss zum 31.12.2020 nach § 8 der Eigenbetriebsverordnung auf neue Rechnung vorgetragen wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: ..... 16  
 Nein-Stimmen: ..... 0  
 Enthaltungen: ..... 1

**TOP 9.:**

Beschluss - Feststellung der Jahresrechnung 2020 für die „Lindenerger Wirtschaftsbetriebe“ sowie Entlastung (Bereich Abwasser)

**Beschluss Nr. GV/2022/008**

Abstimmung über den Beschlussvorschlag

Die Gemeinschaftsversammlung der Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld stimmt dem Jahresabschluss zum 31.12.2020 und dem Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2020 des Abwasserzweckverbandes „Obere Hahle“, jetzt Lindenerger Wirtschaftsbetriebe, in der vorliegenden Form der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EURATIO Prof. Dr. Ludwig & Quattek GmbH Göttingen vom 06.08.2021 zu. Der Jahresabschluss zum 31.12.2020 wird festgestellt. Dem Vorstandsvorsitzenden und dem Werkleiter werden für das Jahr 2020 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: ..... 15  
 Nein-Stimmen: ..... 0  
 Enthaltungen: ..... 1  
 Aufgrund § 38 Abs. 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) war 1 Gremiumsmitglied von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die ordnungsgemäße Behandlung und Beschlussfassung wird bestätigt.

**TOP 10.:**

Beschluss - Feststellung Jahresüberschuss 2020 der „Lindenerger Wirtschaftsbetriebe“ (Bereich Abwasser)

**Beschluss Nr. GV/2022/009**

Abstimmung über den Beschlussvorschlag

Die Gemeinschaftsversammlung der Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld beschließt, dass der festgestellte Jahresüberschuss des Abwasserzweckverbandes „Obere Hahle“ in Höhe von 386.396,72 € gemäß Jahresabschluss zum 31.12.2020 nach § 8 der Eigenbetriebsverordnung auf neue Rechnung vorgetragen wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: ..... 16  
 Nein-Stimmen: ..... 0  
 Enthaltungen: ..... 1

**TOP 11.:**

Beschluss - Aufstellung der Eröffnungsbilanz des Eigenbetriebes „Lindenerger Wirtschaftsbetriebe“ zum 01.01.2021 sowie Prüfung des Jahresabschlusses 2021

**Beschluss Nr. GV/2022/010**

Abstimmung über den Beschlussvorschlag

Die Gemeinschaftsversammlung der Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld stimmt der Aufstellung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2021 sowie der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2021 der Betriebszweige Abwasserentsorgung und Trinkwasserversorgung des Eigenbetriebes Lindenerger Wirtschaftsbetriebe durch die

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
EURATIO Prof. Dr. Ludewig & Quattek GmbH  
Nikolausberger Weg 49  
37073 Göttingen

zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: ..... 16  
Nein-Stimmen: ..... 0  
Enthaltungen: ..... 1

Teistungen, 08.08.2022

gez. Raabe

Gemeinschaftsvorsitzender

**Amtliche Bekanntmachungen  
der Mitgliedsgemeinden**

**Berlingerode**

**Bekanntmachung der Gemeinde Berlingerode**

**über die Genehmigung der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes (als Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB für den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 7 „Am Sportplatz“)**

**Genehmigung der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Berlingerode gemäß § 6 Abs. 1 BauGB in der Fassung des Baugesetzbuches vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29.07.2022 (BGBl. I S. 1353)**

Die von der Gemeinde Berlingerode am 08.03.2022, Beschluss - Nr. Ber/2022/005 beschlossene o.g. 2. Änderung des Flächennutzungsplanes wurde mit Bescheid des Thüringer Landesverwaltungsamtes vom 12.08.2022 **Az: 5090-340-4621/2635-2-51023/2022** genehmigt.

Die Genehmigung wird hiermit gemäß § 6 Abs. 5 BauGB bekannt gemacht.

Mit der Bekanntmachung wird die 2. Änderung des Flächennutzungsplanes wirksam.

Jedermann kann die 2. Änderung des Flächennutzungsplanes und die Begründung einschließlich Umweltbericht in der VG Lindenberg / Eichsfeld, Hauptstraße 17 in 37339 Teistungen, Raum 306 zu den Sprechzeiten\* einsehen und über den Inhalt Auskunft verlangen.

Eine Verletzung der in § 21 Abs. 4 Satz 1 ThürKO und gem. § 233 Abs. 2 Satz 1 BauGB i.V.m. § 214 Abs. 1 Nr. 1 - 3 und Abs. 2 sowie § 215 Abs. 1 BauGB analog bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften ist unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Mängel der Abwägung nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB sind analog § 215 Abs. 1 Nr. 3 BauGB unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Daher ist analog § 215 Abs. 1 und 2 BauGB der Sachverhalt, der die Verletzung oder Mangel begründen soll, schriftlich darzulegen.

Sprechzeiten:

Mo.: 9.00 - 12.00 Uhr  
Di.: 9.00 - 12.00 Uhr und 13.00 - 15.30 Uhr  
Do.: 9.00 - 12.00 Uhr und 13.00 - 17.30 Uhr  
Fr.: 9.00 - 12.00 Uhr

Bley  
Bürgermeister

**Bekanntmachung der Gemeinde Berlingerode**

**Bebauungsplan Nr. 7 „Am Sportplatz“**

**Der Gemeinderat der Gemeinde Berlingerode hat in seiner Sitzung am 08.03.2022 (Beschluss-Nr.: Ber/2022/004) den Bebauungsplan Nr. 7 „Am Sportplatz“ als Satzung beschlossen.**

**Die Genehmigung erfolgte durch den Landkreis Eichsfeld, gemäß § 10 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26.04.2022 (BGBl. I S. 674) mit Bescheid vom 12.08.2022.**

**Mit der Bekanntmachung im Amtsblatt der VG wird der Bebauungsplan Nr. 7 „Am Sportplatz“ rechtsverbindlich.**

**Der Abwägungs- und Satzungsbeschluss Nr. Ber/2022/004 vom 08.03.2022 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.**

Die Planunterlagen und die Begründung werden während der Sprechzeiten:

Mo.: 9.00 - 12.00 Uhr  
Di.: 9.00 - 12.00 Uhr 13.00 - 15.30 Uhr  
Do.: 9.00 - 12.00 Uhr 13.00 - 17.30 Uhr  
Fr.: 9.00 - 12.00 Uhr

in der Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld, Hauptstraße 17 in 37339 Teistungen im Bauamt Zimmer 306 zu jedermanns Einsicht bereitgehalten. Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft erteilt. Die Planunterlagen können auch unter [www.lindenberg-eichsfeld.de](http://www.lindenberg-eichsfeld.de) eingesehen werden. Nach § 21 Abs. 4 ThürKO können Verstöße wegen der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, die nicht die Ausfertigung und diese Bekanntmachung betreffen, gegenüber der Gemeinde schriftlich unter Angabe der Gründe geltend gemacht werden. Werden solche Verstöße nicht innerhalb von einem Jahr nach dieser Bekanntmachung geltend gemacht, so sind diese Verstöße unbeachtlich.

*Hinweise nach § 44 Abs. 5 BauGB:*

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche von durch Festsetzungen des Bebauungsplanes „Am Sportplatz“ oder ihrer Durchführung eintretenden Vermögensnachteilen, die in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichnet sind, sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung wird hingewiesen.

Der Entschädigungsberechtigte kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen (§ 44 Abs. 3 BauGB) beantragt. Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.

*Hinweise nach § 215 Abs. 2 BauGB*

Gemäß § 215 Abs. 1 BauGB werden unbeachtlich

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplanes oder der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründeten Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Bley  
Bürgermeister

**Brehme**

**Bekanntmachung der in der Gemeinderatssitzung des Gemeinderates Brehme am 02.06.2021 gefassten Beschlüsse:**

**TOP 4**

Beschluss Genehmigung der Niederschriften des öffentlichen Teils der Gemeinderatssitzung vom 24.09.2020

**Beschluss Nr.: 01/2021**

Abstimmung über den Beschluss

Gemäß § 42 (2) ThürKO genehmigt der Gemeinderat der Gemeinde Brehme die Niederschrift des öffentlichen Teils der Gemeinderatssitzung vom 24.09.2020.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja Stimmen  
0 Nein Stimmen  
1 Enthaltung

**TOP 5**

Beschluss Bestellung der Mitglieder für den Ausschuss für Kultur und Soziales

**Beschluss Nr.: 02/2021**

Abstimmung über den Beschluss

Der Gemeinderat der Gemeinde Brehme beschließt nachfolgende personelle Ausschussbesetzung:

**Vorsitzender:** Marco Tasch (Bürgermeister)

**Stellvertreter:** Patrick Schotte (1. Beigeordneter)

**weitere Mitglieder:**

1. Alfred Haase
2. Thomas Gatzemeier
3. Dennis Dransfeld
4. Monika Faßhauer
5. David Frank

Berufene Bürger:

- Liane Busse  
Cindy Franke  
Marcel Nolte

Abstimmungsergebnis:

- 10 Ja Stimmen  
0 Nein Stimmen  
0 Enthaltungen

**TOP 6**

Beschluss Bestellung der Mitglieder für den Bauausschuss

**Beschluss Nr.: 03/2021**

Abstimmung über den Beschluss

Der Gemeinderat der Gemeinde Brehme beschließt nachfolgende personelle Ausschussbesetzung:

**Vorsitzender:** Marco Tasch (Bürgermeister)

**Stellvertreter:** Patrick Schotte (1. Beigeordneter)

**weitere Mitglieder:**

1. Dieter Eckermann
2. Claudius Schmidt
3. Holger Janus
4. Mario Busse
5. Ignaz Polle

Berufene Bürger:

- Gerald Graul  
Moris Schneeberg  
Stefan Gatzemeier

Weitere berufene Bürger werden noch benannt.

Abstimmungsergebnis:

- 10 Ja Stimmen  
0 Nein Stimmen  
0 Enthaltungen

**TOP 7**

Aufstellung Beteiligungsbericht 2020 über die unmittelbare Beteiligung der KET an der KEBT AG bzw. KEBT-Konzern im Jahr 2019

**Beschluss Nr.: 04/2021**

Abstimmung über den Beschluss

Der Gemeinderat der Gemeinde Brehme nimmt den vorliegenden Beteiligungsbericht 2020 gemäß § 23 ThürKG in Verbindung mit § 75 a ThürKO über die unmittelbare Beteiligung des Kommunalen Energiezweckverband Thüringen (KET) an der Kommunalen Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen (KEBT AG) bzw. am KEBT-Konzern im Jahr 2019 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

- 10 Ja Stimmen  
0 Nein Stimmen  
0 Enthaltungen

**TOP 8**

Beschluss Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021

Finanzplan 2022 -2024

**Beschluss Nr.: 05/2021**

Abstimmung über den Beschluss

Der Gemeinderat der Gemeinde Brehme beschließt aufgrund des § 55 der Thüringer Kommunalordnung - ThürKO- in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23.03.2021 (GVBl. Nr. S. 115), die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021. Gleichzeitig wird der Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2022 bis 2024 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

- 10 Ja Stimmen  
0 Nein Stimmen  
0 Enthaltungen

**TOP 9**

Beschluss Feststellung der Jahresrechnung 2017

**Beschluss Nr.: 06/2021**

Abstimmung über den Beschluss

Der Gemeinderat der Gemeinde Brehme stellt gemäß § 80 Abs. 3 ThürKO die Jahresrechnung für das Jahr 2017 fest.

Abstimmungsergebnis:

- 10 Ja Stimmen  
0 Nein Stimmen  
0 Enthaltungen

**TOP 10**

Beschluss Feststellung der Jahresrechnung 2018

**Beschluss Nr.: 07/2021**

Abstimmung über den Beschluss

Der Gemeinderat der Gemeinde Brehme stellt gemäß § 80 Abs. 3 ThürKO die Jahresrechnung für das Jahr 2018 fest.

Abstimmungsergebnis:

- 10 Ja Stimmen  
0 Nein Stimmen  
0 Enthaltungen

**TOP 11**

Beschluss Feststellung der Jahresrechnung 2019

**Beschluss Nr.: 08/2021**

Abstimmung über den Beschluss

Der Gemeinderat der Gemeinde Brehme stellt gemäß § 80 Abs. 3 ThürKO die Jahresrechnung für das Jahr 2019 fest.

Abstimmungsergebnis:

- 10 Ja Stimmen  
0 Nein Stimmen  
0 Enthaltungen

**TOP 12**

Beschluss Entlastung des Bürgermeisters und des 1. Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2019

**Beschluss Nr.: 09/2021**

Abstimmung über den Beschluss

Der Gemeinderat der Gemeinde Brehme beschließt gemäß § 80 Abs. 3 ThürKO die Entlastung des Bürgermeisters für das Jahr 2019.

Abstimmungsergebnis:

- 9 Ja Stimmen  
0 Nein Stimmen  
0 Enthaltungen

*An der Abstimmung nahm/en auf Grundlage des § 38 Abs. 1 ThürKO nicht teil:*

*Herr Marco Tasch*

**Beschluss Nr.: 10/2021**

Abstimmung über den Beschluss

Der Gemeinderat der Gemeinde Brehme beschließt gemäß § 80 Abs. 3 ThürKO die Entlastung des 1. Beigeordneten für das Jahr 2019.

Abstimmungsergebnis:

- 9 Ja Stimmen  
0 Nein Stimmen  
0 Enthaltungen

*An der Abstimmung nahm/en auf Grundlage des § 38 Abs. 1 ThürKO nicht teil:*

*Herr Patrick Schotte*

**TOP 13**

Beschluss Jahreshaushaltsrechnung 2020

**Beschluss Nr.: 11/2021**

Abstimmung über den Beschluss

Soweit noch keine Einzelgenehmigung vorliegt, werden die über- und außerplanmäßigen Ausgaben entsprechend der Anlage vom Gemeinderat der Gemeinde Ferna zur Kenntnis genommen. Mit der Abdeckung der Mehrausgaben durch Mehreinnahmen bzw. Einsparungen besteht Einverständnis.

Abstimmungsergebnis:

- 10 Ja Stimmen  
0 Nein Stimmen  
0 Enthaltungen

**Beschluss Nr.: 12/2021**

Abstimmung über den Beschluss

Im Rahmen der Jahresrechnung 2020 wurden die in der Anlage aufgeführten Haushaltreste gebildet.

Die Gemeinde Brehme nimmt die Bildung der Haushaltsreste in dem in der Jahresrechnung 2020 enthaltenen Umfang zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

- 10 Ja Stimmen  
0 Nein Stimmen  
0 Enthaltungen

**Beschluss Nr.: 13/2021**

Abstimmung über den Beschluss

Der Gemeinderat der Gemeinde Brehme nimmt die Jahreshaushaltsrechnung 2020 und den dazugehörigen Rechenschaftsbericht nach § 81 Abs. 4 Thüringer Gesetz über das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinden (ThürGemHV) in der Fassung vom 23. Mai 2019



(GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277,279) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja Stimmen  
0 Nein Stimmen  
0 Enthaltungen

**TOP 14**

Beschluss Berufung eines Wahlvorstehers und dessen Stellvertreter für die Bundestagswahl und Landtagswahl am 26.09.2021

**Beschluss Nr.: 14/2021**

Abstimmung über den Beschluss

Der Gemeinderat der Gemeinde Brehme beruft für die Bundestagswahl und für die Landtagswahl, die am 26.09.2021 stattfinden Frau Christel Siebert zur Wahlvorsteherin und Frau Vera Wiegandt-Rothensee zur stellvertretenden Wahlvorsteherin.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja Stimmen  
0 Nein Stimmen  
0 Enthaltungen

Brehme, 31.03.2022

gez. Tasch  
Bürgermeister

**Ecklingerode**

**Bekanntmachung der in der Sitzung des Gemeinderates Ecklingerode am 04.05.2022 gefassten Beschlüsse:**

**TOP 3**

Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 02.02.2022

**Beschluss Nr.: 007/2022**

Abstimmung über den Beschlussvorschlag

Gemäß § 42 (2) ThürKO genehmigt der Gemeinderat der Gemeinde Ecklingerode die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 02.02.2022.

Abstimmungsergebnis:

Ja Stimmen: ..... 5  
Nein Stimmen: ..... 0  
Enthaltungen: ..... 0

**TOP 4**

Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 02.03.2022

**Beschluss Nr.: 008/2022**

Abstimmung über den Beschlussvorschlag

Gemäß § 42 (2) ThürKO genehmigt der Gemeinderat der Gemeinde Ecklingerode die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 02.03.2022.

Abstimmungsergebnis:

Ja Stimmen: ..... 4  
Nein Stimmen: ..... 0  
Enthaltungen: ..... 1

**TOP 7**

Beschluss Zweckvereinbarung über die Errichtung und Nutzung einer zentralen Beschaffungsstelle gemäß § 120 Abs. 4 Satz 1, 2. Alt.GWB

**Beschluss Nr.: 009/2022**

Abstimmung über den Beschlussvorschlag

Der Gemeinderat der Gemeinde Ecklingerode beschließt die Zweckvereinbarung über die Errichtung und Nutzung einer zentralen Beschaffungsstelle gemäß § 120 Abs. 4 Satz 1, 2. Alt.GWB mit dem Landkreis Eichsfeld in der vorliegenden Form (siehe Anlage).

Abstimmungsergebnis:

Ja Stimmen: ..... 7  
Nein Stimmen: ..... 0  
Enthaltungen: ..... 0

Ecklingerode, 20.07.2022

gez. Sieber  
Bürgermeister

**Ferna**

**Bekanntmachung der in der Sitzung des Gemeinderates Ferna am 14.03.2022 gefassten Beschlüsse:**

**TOP 3**

Beschluss - Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Gemeinderatssitzung vom 22.11.2021

**Beschluss Nr.: 001/2022**

Abstimmung über den Beschlussvorschlag

Der Gemeinderat der Gemeinde Ferna genehmigt die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.11.2021.

Abstimmungsergebnis:

Ja Stimmen: ..... 7  
Nein Stimmen: ..... 0  
Enthaltungen: ..... 0

**TOP 4**

Beschluss - Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022

**Beschluss Nr.: 002/2022**

Abstimmung über den Beschlussvorschlag

Der Gemeinderat der Gemeinde Ferna beschließt aufgrund des § 55 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28.01.2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23.03.2021 (GVBl. S. 115) die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022.

Abstimmungsergebnis:

Ja Stimmen: ..... 7  
Nein Stimmen: ..... 0  
Enthaltungen: ..... 0

**TOP 5**

Beschluss - Berufung eines Wahlleiters und dessen Stellvertreter für die Bürgermeisterwahl am 12.06.2022

**Beschluss Nr.: 003/2022**

Abstimmung über den Beschlussvorschlag

Der Gemeinderat der Gemeinde Ferna beruft für die Bürgermeisterwahl, die am 12.06.2022 stattfindet

Herrn Erich Oberkersch zum Wahlleiter

und

Frau Carola Schulze zur stellvertretenden Wahlleiterin

Abstimmungsergebnis:

Ja Stimmen: ..... 7  
Nein Stimmen: ..... 0  
Enthaltungen: ..... 0

**TOP 6**

Beschluss - Forstwirtschaftsplan 2022

**Beschluss Nr.: 004/2022**

Abstimmung über den Beschlussvorschlag

Der Gemeinderat der Gemeinde Ferna stimmt dem Forstwirtschaftsplan 2022 für den Kommunalwald der Gemeinde Ferna, erstellt vom Thüringer Forstamt Leinefelde, in der vorliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja Stimmen: ..... 7  
Nein Stimmen: ..... 0  
Enthaltungen: ..... 0

**TOP 7**

Aufhebung Beschluss-Nr. 49/2021

**Beschluss Nr.: 005/2022**

Abstimmung über den Beschlussvorschlag

Die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 22.11.2022 - Beschluss-Nr. 49/2021 - wird hiermit beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja Stimmen: ..... 7  
Nein Stimmen: ..... 0  
Enthaltungen: ..... 0

**TOP 8**

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 3 „Schulstraße“ nach § 13b BauGB

**Beschluss Nr.: 006/2022**

Abstimmung über den Beschlussvorschlag

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 3 „Schulstraße“ wird hiermit beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja Stimmen: ..... 7  
Nein Stimmen: 0  
Enthaltungen: ..... 0

Ferna, den 21.06.2022

gez. Oberkersch  
Bürgermeister

**Wehnde**

**Bekanntmachung der in der Sitzung des Gemeinderates Wehnde am 04.08.2021 gefassten Beschlüsse:**

**TOP 3**

Beschluss Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Gemeinderatssitzung vom 19.05.2021

**Beschluss Nr. 18/2021**

Abstimmung über den Beschluss

Gemäß § 42 (2) ThürKO genehmigt der Gemeinderat der Gemeinde Wehnde die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.05.2021.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: ..... 7  
 Nein-Stimmen: ..... 0  
 Enthaltungen: ..... 0

**TOP 4**

Beschluss 1. Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan 2021

**Beschluss Nr. 19/2021**

Abstimmung über den Beschluss

Der Gemeinderat der Gemeinde Wehnde beschließt aufgrund des § 55 der Thüringer Kommunalordnung - ThürKO - in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. März 2021 (GVBl. S. 113), die 1. Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: ..... 7  
 Nein-Stimmen: ..... 0  
 Enthaltungen: ..... 0

**TOP 5**

Beschluss Beteiligungsbericht 2021 für das Jahr 2020

**Beschluss Nr. 20/2021**

Abstimmung über den Beschluss

Der Gemeinderat Wehnde beschließt, dass der vorliegende Beteiligungsbericht so anerkannt und genehmigt wird, vorbehaltlich eventuellen Änderungen nach erfolgter Prüfung.

Der Beteiligungsbericht ist in der vorliegenden Form der Kommunalaufsicht vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: ..... 7  
 Nein-Stimmen: ..... 0  
 Enthaltungen: ..... 0

**TOP 6**

Beschluss Vergabe der Planungsleistungen für die Aufstellung eines Bebauungsplanes

**Beschluss Nr. 21/2021**

Abstimmung über den Beschluss

Die Gemeinde Wehnde stimmt dem Honorarangebot vom 14.07.2021 zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Zum Ohmberg“ zu.

Die Vergabe der Planungsleistungen erfolgt.

Die Honorarsumme beträgt: 15.867,40 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: ..... 7  
 Nein-Stimmen: ..... 0  
 Enthaltungen: ..... 0

**TOP 7**

Beschluss 5. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung wiederkehrender Beiträge für die öffentlichen Verkehrsanlagen der Gemeinde Wehnde vom 28.11.2012 (Straßenausbaubeitragssatzung)

**Beschluss Nr. 22/2021**

Abstimmung über den Beschluss

Der Gemeinderat der Gemeinde Wehnde beschließt auf der Grundlage des § 19 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) und des § 21 b Abs. 1 Satz 2 des Thüringer Kommunalabgabengesetzes (ThürKAG) i. V. m. den §§ 2, 7 und 7a des Thüringer Kommunalabgabengesetzes (ThürKAG) in der bis zum 31. Dezember 2018 geltenden Fassung die 5. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung wiederkehrender Beiträge für die öffentlichen Verkehrsanlagen der Gemeinde Wehnde vom 28.11.2012 in der vorliegenden Form.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: ..... 7  
 Nein-Stimmen: ..... 0  
 Enthaltungen: ..... 0

**TOP 8**

Diskussion und Beschluss - Aufstellung von Müllgroßbehältern für Küchenabfälle

**Beschluss Nr. 23/2021**

Abstimmung über den Beschluss

Der Gemeinderat der Gemeinde Wehnde stimmt der Aufstellung von Müllgroßbehältern für Küchenabfälle zu.

Der Container soll am Standort: .....aufgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: ..... 0  
 Nein-Stimmen: ..... 7  
 Enthaltungen: ..... 0

Wehnde, den 29.03.2022

gez. Sieber

Bürgermeister

**Bekanntmachung der in der Sitzung des Gemeinderates Wehnde am 23.02.2022 gefassten Beschlüsse:**

**TOP 3**

Beschluss Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 04.08.2022

**Beschluss Nr. 2022/001**

Abstimmung über den Beschluss

Gemäß § 42 (2) ThürKO genehmigt der Gemeinderat der Gemeinde Wehnde die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 04.08.2021.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: ..... 5  
 Nein-Stimmen: ..... 0  
 Enthaltungen: ..... 0

**TOP 4**

Beschluss Berufung eines Wahlleiters und dessen Stellvertreter für die Bürgermeisterwahl am 12.06.2022

**Beschluss Nr. 2022/002**

Abstimmung über den Beschluss

Der Gemeinderat der Gemeinde Wehnde beruft für die Bürgermeisterwahl, die am 12.06.2022 stattfindet

Frau Irmtrud Heublein zur Wahlleiterin

und

Herrn Christian Dransfeld zum stellvertretenden Wahlleiter

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: ..... 5  
 Nein-Stimmen: ..... 0  
 Enthaltungen: ..... 0

**TOP 5**

Beschluss Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022

**Beschluss Nr. 2022/003**

Abstimmung über den Beschluss

Der Gemeinderat der Gemeinde Wehnde beschließt aufgrund des § 55 der Thüringer Kommunalordnung - ThürKO - in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. März 2021 (GVBl. S. 115), die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: ..... 5  
 Nein-Stimmen: ..... 0  
 Enthaltungen: ..... 0

Wehnde, den 23.06.2022

gez. Sieber

Bürgermeister

**Zustellreklamationen**

richten Sie bitte telefonisch, unter Nennung Ihrer vollständigen Adresse, an Tel.: 03677 205031 oder schriftlich per E-Mail: post@wittich-langewiesen.de





## Impressum

### Lindenberg Nachrichten

**Herausgeber:** Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld, Hauptstraße 17, 37339 Teistungen, Tel.: 03 60 71 / 84 5, Fax: 03 60 71 / 96 25 8, E-Mail: info@lindenberg-eichsfeld.de, Internet: www.lindenberg-eichsfeld.de **Verlag und Druck:** Linus Wittich Medien KG, In den Folgen 43, 98693 Ilmenau, Tel.: 0 36 77 / 20 50 - 0, Fax: 0 36 77 / 20 50 21, E-Mail: info@wittich-langwiesen.de, Internet: www.wittich.de **Verantwortlich für den Textteil des Amtsblattes:** der Vorsitzende der Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld **Verantwortlich für den Text- und Bildteil der Lindenberg Nachrichten:** die Verfasser der Artikel und Berichte sind allein verantwortlich, dass die Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und dem Thüringer Datenschutzgesetz (ThürDSG) eingehalten werden, insbesondere dass die Einwilligung der Betroffenen zur Veröffentlichung, sowohl für die Druck- als auch für die Online-Ausgabe, vorliegt. Die Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld als Herausgeber des Amtsblattes und der Lindenberg Nachrichten ist hierfür nicht verantwortlich. **Verantwortlich für den Anzeigenverkauf:** Vera Schmidt, erreichbar unter Tel.: 0170 / 4365096, E-Mail: v.schmidt@wittich-langwiesen.de **Verantwortlich für den Anzeigenteil:** Yasmin Hohmann; erreichbar unter der Anschrift des Verlages. Für die Richtigkeit der Anzeigen übernimmt der Verlag keine Gewähr. Vom Verlag gestellte Anzei-

genmotive dürfen nicht anderweitig verwendet werden. Für Anzeigenveröffentlichungen und Fremdbeilagen gelten unsere allgemeinen und zusätzlichen Geschäftsbedingungen und die z. Zt. gültige Anzeigenpreisliste. Vom Kunden vorgegebene HKS-Farben bzw. Sonderfarben werden von uns aus 4-c Farben gemischt. Dabei können Farbabweichungen auftreten, genauso wie bei unterschiedlicher Papierbeschaffenheit. Deshalb können wir für eine genaue Farbwiedergabe keine Garantie übernehmen. Diesbezügliche Beanstandungen verpflichten uns zu keiner Ersatzleistung. **Verlagsleiter:** Herr Mirko Reise **Erscheinungsweise:** in der Regel monatlich. Das Amtsblatt wird in einer Auflage von 2.760 Exemplaren gedruckt und kostenlos an die Haushalte der Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld mit 7 Mitgliedsgemeinden und den dazugehörigen Ortsteilen verteilt. **Bezugsmöglichkeiten:** Im Bedarfsfall können Sie das Amtsblatt der Verwaltungsgemeinschaft Lindenberg/Eichsfeld als Einzelausgabe oder Abonnement zum Preis von 2,75 EUR (inklusive Porto und gesetzlicher MwSt.) pro Stück beim Verlag beziehen. Für Veröffentlichungen Dritter wird keine Gewähr übernommen. Irrtümer und Druckfehler vorbehalten. **Hinweis:** Für den Inhalt in diesem Blatt eventuell abgedruckter Wahlwerbung und/oder Anzeigen mit politischem Inhalt ist ausschließlich die jeweilige Partei/politische Gruppierung verantwortlich.